

Verantwortung in
der Sozialen
Marktwirtschaft
Karl-Theodor Freiherr
zu Guttenberg

Robert Bosch **Stiftung**

Verantwortung in
der Sozialen
Marktwirtschaft
Karl-Theodor Freiherr
zu Guttenberg

In Verantwortung für die Zukunft

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, sprach am 9. Juni 2009 in der neuen Vortragsreihe »In Verantwortung für die Zukunft« der Robert Bosch Stiftung zum Thema »Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft«.

Vor rund 900 Gästen betonte zu Guttenberg die enge Verbindung zwischen der momentanen Wirtschaftskrise und dem Begriff »Verantwortung«. Gefragt sind Gedanken und Handlungsmuster, die nicht dem Üblichen entsprechen. Die Krise selbst ist »zweifellos nicht mit Lehrbuchwissen zu erklären und zu bewältigen«. Auch in Krisenzeiten gibt es Anlass zu Zuversicht und Optimismus, aber »man muss den einen oder anderen Lichtblick am Ende des Tunnels auch sehen wollen«.

Zu Guttenberg wirbt für die »Kunst der Differenzierung«. Dabei kritisiert er eine »fatale Neigung zu Pauschalurteilen«. Statt von »den Bankern« und »den Managern« zu sprechen und undifferenziert Schuldzuweisungen zu treffen, soll man sich vor solchen Verallgemeinerungen hüten.

In seinem Vortrag legt zu Guttenberg ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ab. Gleichzeitig stellt er fest, dass »vielen Leuten heute allerdings gar nicht mehr richtig klar ist, was genau darunter zu verstehen ist«. Die Soziale Marktwirtschaft ist für zu Guttenberg »ein Grundprinzip, ein Stabilitätsanker und eine Schubkraft«. Für ihre Verteidigung wünscht sich der Bundesminister »etwas mehr Kampfgeist«.

Seine Verantwortung als Bundesminister sieht zu Guttenberg darin, Politik als Dienstleistung zu begreifen und zu betreiben. Das bedeute für ihn auch, die eigenen Grenzen und die eigene Fehlerhaftigkeit zu erkennen.

Zur Bewältigung der großen Herausforderungen appelliert der Bundesminister an die Kreativität und Flexibilität des Einzelnen und fordert die Bereitschaft, auch Risiken einzugehen und dabei Zuversicht zu bewahren: »Wem das Wasser bis zum Hals steht – und zum Glück sind nur wenige in dieser schlimmen Lage –, für den ist es außerordentlich ungesund, auch noch den Kopf hängen zu lassen«.

Im November letzten Jahres hielt die EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner den letzten Vortrag in der Reihe »Europa bauen, den Wandel gestalten«. Nach diesem Vortrag habe ich Ihnen damals angekündigt, dass wir mit einer neuen Reihe unter der Überschrift »In Verantwortung für die Zukunft« beginnen werden. Heute hören Sie also den ersten Vortrag in dieser neuen Reihe, und dazu heiÙe ich Sie herzlich willkommen.

Wie Sie bemerken, ist die Alte Reithalle »proppenvoll« besetzt. Dieses herausragende Interesse am heutigen Abend führe ich allerdings nicht auf die neue Stiftungsvortragsreihe zurück. Lieber Herr zu Guttenberg, ich führe es auch nicht auf den von Ihnen angekündigten Vortrag »Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft« zurück, sondern ich führe dieses Interesse auf die Neugier auf Ihre Person zurück. Und ich glaube, ich liege da nicht ganz falsch. Ich weiß nicht, wann zum letzten Mal ein Bundeswirtschaftsminister – wenn überhaupt – Platz 2 auf der Beliebtheitsskala deutscher Politiker eingenommen hat. Und wären wir in Bayern, sollten wir auch noch darüber nachdenken, welchen Einfluss Sie auf das nicht ganz so erwartete gute Abschneiden der CSU bei der Europawahl am Sonntag hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach vielen Jahren der Beschäftigung mit Fragen zu Europa im Rahmen zweier Stiftungsvortragsreihen wollen wir unter der Überschrift »In Verantwortung für die Zukunft« neue Impulse setzen. Wir wollen in dieser Reihe der Frage nachgehen, welche Auswirkungen die Entscheidungen von heute in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Verhältnisse haben werden, die unsere Kinder, Enkel oder Urenkel in 20, 30 oder 40 Jahren vorfinden werden. Was verstehen wir unter verantwortlichem Handeln? Was wird geschehen, wenn wir heute in Bildung und Ausbildung investieren, und was passiert, wenn wir es nicht tun? Werden wir eine Wissensgesellschaft, in der auch weniger Begabte einen

würdigen Platz finden, oder werden wir von technologischen Entwicklungen und damit auch von der Mehrung von Wohlstand abgekoppelt sein? Sind wir in der Lage, die Lebens- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass uns die negativen Folgen des demographischen Wandels nicht in voller Schärfe erreichen? Gelingt es uns, die hier lebenden Migranten und ihre Nachkommen in unsere Gesellschaft zu integrieren und für unsere Werte zu begeistern, oder müssen wir einen Kampf der Kulturen im eigenen Land befürchten? Wird es gelingen, globale Klimaschutzziele zu vereinbaren und durchzusetzen, oder hinterlassen wir unseren Erben eine nur noch begrenzt für Menschen bewohnbare Erde? Oder, um auch aktuelle Anlässe nicht auszusparen, wie viele Milliarden geben wir zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise aus, über die der Staat gar nicht verfügt und die er nur über eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung zu Lasten künftiger Generationen finanzieren kann?

Auf die so formulierten Fragen scheinen die Antworten klar und einfach zu sein. Aber leider ist alles viel komplizierter. Es gibt dazu keine Ja-/Nein-Entscheidungen, und wer das Gegenteil behauptet, ist entweder naiv oder spricht wider besseres Wissen. Aus meiner Sicht kommt es darauf an, dass wir bei allen Entscheidungen Verantwortung zeigen und die Frage nach den Auswirkungen für die Zukunft stellen. Wir müssen also mehr langfristig denn kurzfristig denken. Und wir müssen bereit sein, Entscheidungen zu vertreten, die heute für uns un bequem sind, die aber denjenigen, die in 20 oder 30 Jahren mit den Folgen unserer Entscheidungen umgehen müssen, eine Chance lassen, noch eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Sie, sehr verehrter Herr Minister, hätten es sich mit Opel und Arcandor leichtmachen und von Anfang an im Strom derer mit schwimmen können, die mit besorgter Miene um Arbeitsplätze bangen und unabhängig von den Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit staatlichen Garantien und Krediten helfen wollen. Sie haben mit Ihrer Haltung gezeigt, dass Sie auch über

den Tag hinaus denken und nicht dem Populismus verfallen. Und bei all dem, was man bisher über die Verhältnisse bei Arcandor in der Zeitung lesen konnte, muss man ohnehin Zweifel haben, ob staatliche Kredite und Bürgschaften den Untergang des Unternehmens hätten verhindern oder nur verzögern können. Vielleicht wird sich eine Antwort auf diese Frage im Rahmen des heute beantragten Insolvenzverfahrens über das Vermögen von Arcandor ergeben.

Meine Damen und Herren, damit sind wir zugleich bei einer anderen wichtigen und wesentlichen Frage, wenn wir über Verantwortung sprechen. Verantwortliches und zukunftsgerichtetes Handeln verdient nur dann diesen Namen, wenn es sich nicht an kurzfristigen Opportunitäten orientiert. Wer glaubt, die zunehmende Gewaltbereitschaft Jugendlicher ausschließlich oder in erster Linie dadurch bekämpfen zu können, dass er ein Verbot von sogenannten »Killerspielen« oder ein Verbot von öffentlichem oder nächtlichem Alkoholkonsum erlässt, unterdrückt die wichtige und entscheidende Frage nach den Ursachen, kann aber vorgeben, sofort und entschieden gehandelt zu haben. Ähnliches gilt in anderen Bereichen: Wer in der Wirtschaft immer nur auf Quartalsergebnisse schießt und immer nur kurzfristig optimiert, wird eines Tages die Wettbewerbsfähigkeit seines Unternehmens verlieren und damit Arbeitsplätze und Kapital vernichten. Was dagegen Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet, werden wir heute noch hören.

Lieber Herr zu Guttenberg, ich bin froh, dass wir Sie für die Eröffnung unserer neuen Vortragsreihe gewinnen konnten. In diesen Tagen stehen Sie wie kaum ein anderer Politiker im Zentrum des Interesses und vor vielen schwierigen Entscheidungen. Als ich mit Ihnen Ende Februar über den heutigen Termin sprach, war das alles noch nicht absehbar. Deswegen bin ich und sind wir alle ganz besonders dankbar, dass Sie trotz aller Belastungen an dem Termin festgehalten haben.

Nun noch kurz einige Angaben zur Person:

Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg wurde am 5. Dezember 1971 in München geboren. Das Abitur machte er 1991 in Rosenheim, danach war er erst einmal bei den Gebirgsjägern in Mittenwald. Er studierte Rechts- und Politikwissenschaften und wurde 2007 an der Universität Bayreuth mit einem verfassungsrechtlichen Rechtsvergleich zwischen den USA und der EU zum Doktor der Rechte promoviert. Seit der Wahl im Jahr 2002 gehört zu Guttenberg dem Deutschen Bundestag an. Und er ist ein alter Freund der Stiftung. An unserem Congress Bundestag Forum, einem Begegnungsprogramm zwischen amerikanischen und deutschen Abgeordneten, nahm er seit 2004 und damit von Anfang an teil. Sein steiler Aufstieg - wenn Sie mir erlauben, das so zu formulieren - begann vor eineinhalb Jahren. Im Dezember 2007 wurde er zum Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands Oberfranken gewählt und wurde Mitglied im CSU-Parteivorstand. Im November 2008 wurde er zum Generalsekretär der CSU ernannt, und gerade mal drei Monate später wurde er als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie in das Bundeskabinett berufen. Damit ist er zugleich der jüngste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dieser Vorrede sind wir jetzt alle ganz besonders gespannt auf Ihren Vortrag.

Vielen Dank.



Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

Herzlichen Dank, Herr Berg, für Ihre einführenden Worte. Zugleich danke ich der Stiftung für ihre überaus bemerkenswerte Arbeit.

Ein konkretes Beispiel will ich nennen:

Ihren mutigen Einsatz für den transatlantischen Dialog. Ihre Stiftung hat sich die Frage der Pflege des transatlantischen Verhältnisses in Zeiten auf die Fahnen geschrieben, in denen sich viele schon von unseren amerikanischen Partnern abgewandt hatten, die über Jahrzehnte zu uns standen.

Ich will natürlich zum Thema sprechen, das man mir gesetzt hat, aber noch mehr will ich mein Herz sprechen lassen und nicht die für diesen Abend eigentlich vorgesehenen 48 Seiten verlesen, die meine Mitarbeiter für mich vorbereitet haben.

Ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Ich werde Ihnen von meinen Erfahrungen aus der täglichen Arbeit berichten und zugleich darlegen, was ich daraus abzuleiten denke für mein politisches Handeln.

Wenn ich somit über Zukunftsfragen spreche, so kann uns allen Robert Bosch als Vorbild dienen. Sein beeindruckendes Lebenswerk steht für Verantwortung, und zwar nicht nur in Form einer Leerformel oder einer hohlen Phrase, sondern als gelebte Verantwortung, die er in vielerlei Hinsicht getragen hat, gesellschaftlich und unternehmerisch. Das ist ein Einsatz, den die Stiftung nun in und mit Boschs Namen mit viel Kraft fortsetzt.

Ein wichtiges Feld Ihrer Arbeit ist der Grundsatz, der heute neudeutsch Good Governance genannt wird. Wenn man versucht, diesen Begriff einmal in eine Übersetzung zu bringen,

dann ist das vielleicht – etwas holprig – mit »Gute Regierung« oder »Gute Regierungsführung« zu umschreiben.

Das wiederum hat viel mit Verantwortung zu tun.

Das heißt für mich, seine eigenen Grenzen zu sehen und auch die eigene Fehlerhaftigkeit. Weiterhin muss es ein gerüttelt Maß Demut, auch im politischen Handeln, zulassen. Sie alle wissen, dass mein Amt gerade mal bis zum 27. September dieses Jahres begrenzt ist, dem Tag der Bundestagswahl.

Gerade das schenkt mir Unabhängigkeit. Es hilft mir auch, mir gelegentlich ein gewisses Maß an Querköpfigkeit zu bewahren, was in diesen Wochen und Monaten in meinen Augen angebracht sein kann. Deswegen glaube ich, dass jeder – im Wortsinne – Verantwortliche nicht nur den nächsten Karriereschritt nach der Wahl im Auge behalten, sondern seine Aufgabe verantwortungsvoll wahrnehmen sollte.

Nun steht Verantwortung in diesem Jahr sehr eng gekoppelt mit dem Begriff Krise. Es ist das Wort und das Unwort des Jahres. Es stellt an uns alle die Frage, wie wir einer solchen Krise begegnen können. Wie nehmen wir in dieser Zeit Verantwortung wahr? Wie werden wir unserer Verantwortung gerecht? Nun gibt es unterschiedliche Herangehensweisen. Es gibt gewisse Grundmuster, die erwartbar sind. Manches wird plötzlich aus Mottenkisten wieder hervorgezogen. Und es gibt natürlich auch immer wieder echte Überraschungen in einer Krise.

Meine Antwort lautet: Mit Kreativität, Flexibilität, vielleicht auch mal mit dem einen oder anderen verwegenen Gedanken, auch mit der Bereitschaft, ein Risiko einzugehen, können wir die Krise meistern. Deswegen heißt es nicht im Umkehrschluss, dass das Ganze eine Fahrt im Nebel auf Sicht sein muss. Aber es heißt, dass man auch immer mal wieder Gedanken und Handlungsmuster erlauben und darstellen sollte, die vielleicht nicht dem Üblichen und dem Gewohnten entsprechen.

Nun gibt es in unserem Land nicht wenige, die die Krise nutzen, um sich in schlechten Nachrichten zu überbieten. Wir erleben einen täglichen Wettlauf der Kassandrarufe. Das halte ich für unverantwortlich.

Einige treiben das auf die Spitze und reden sogar von sozialen Unruhen. Selbst Persönlichkeiten, die das höchste Amt mit der größten Verantwortung in diesem Staate angestrebt haben, redeten in ihren Kassandrarufen von sozialen Unruhen. Das ist nicht mehr nur verantwortungslos, das ist dann einfach nur noch töricht und dumm. Was wir vielmehr brauchen, ist nüchterner Realismus, ein klarer Blick auf die Dinge. Gefordert sind Zuversicht und Optimismus.

Dazu gibt es durchaus Anlass. So hellen sich die Konjunkturerwartungen auf; auch der private Konsum ist erfreulich stabil. Man muss nicht nur, wenn man sich denn in einem Tunnel befindet, das Schwarze beschreiben. Man kann auch nach Lichtblicken Ausschau halten.

Die jetzige Prognose der Bundesregierung geht freilich davon aus, dass unsere Wirtschaft in diesem Jahr um sechs Prozent zurückgeht. Von Wachstum im eigentlichen Wortsinn kann also nicht die Rede sein. Minus sechs Prozent, das ist eine in der bundesrepublikanischen Geschichte in ihrer Dramatik nicht gekannte Zahl.

Der bislang schwerste Wirtschaftseinbruch erfolgte nach der Ölkrise, als minus 0,9 Prozent prognostiziert wurden. Doch immerhin rechnen wir für kommendes Jahr bereits wieder mit einem, wenn auch geringen, Wachstum von 0,5 Prozent. Wir müssen also genau hinsehen. Die Kunst der Differenzierung ist gefragt.

Doch immer wieder werden wir Zeugen von Pauschalurteilen. Wie gerne spricht man undifferenziert von »den Bankern« und

von »den Managern«. Darin liegt eine, sagen wir, stark pauschale Behandlung ganzer Berufsstände, die Unterschiede verwischt.

Wenn wir von Managern reden, so gibt es solche, die kurzfristig handeln, sich nur am Aktienkurs orientieren, und solche, die nachhaltig agieren und eben nicht nur den schnellen Gewinn sehen. Letztere denken strategisch, über den Tag hinaus, sie handeln in Zeiträumen von Generationen. Das ist etwas, was in unserem Lande gern mit gesundem Unternehmertum umschrieben wird.

Ich kenne sehr viele Banker, die gerade in Krisenzeiten eine sehr gute Arbeit verrichten, mag es in der heimischen Sparkasse oder Raiffeisenbank sein, mag es in einer großen Geschäftsbank sein, mag es in der einen oder anderen Landesbank sein. Gerade deswegen sollten wir uns in diesen Zusammenhängen davor hüten, einfach mal eben mit dem schnellen Urteil zu arbeiten.

Eine weitere Pauschalisierung kommt in folgender Frage zum Ausdruck: Wer bestimmt eigentlich noch die Wirtschaft in unserem Lande?

Man bekommt ja gelegentlich den Eindruck, dass unser Wirtschaftsleben nur durch die großen Unternehmen geprägt wird, die in den Schlagzeilen vorkommen.

Doch die Lautstärke ihrer Rufe täuscht zuweilen eine Bedeutung vor, die sie so nicht haben. Tatsächlich ist es so, dass weiterhin das Rückgrat, die Herzkammer unserer Volkswirtschaft der Mittelstand, das Handwerk und auch die Landwirtschaft sind. So tut die Bundesregierung gut daran, dem Mittelstand eben dieses Gewicht einzuräumen.

Ein weiterer Aspekt, verantwortungsvoll einer Krise zu begegnen, hat mit unserem Politikverständnis zu tun. Hier gilt es,

sich von den üblichen Wahlkampfreflexen zu verabschieden. Wir müssen unserem Land in dieser Lage in politischer Verantwortung dienen.

Politik ist immer auch Dienstleistung. Dienstleistung ist etwas, was vielleicht auch eine hehre Begrifflichkeit in Wahljahren sein mag, und trotzdem ist es immer wieder außerordentlich schwierig, dieses Begriffspaar Dienen und Leistung als Grundlage verantwortungsvollen politischen Handelns zu sehen.

Ein anderer Punkt, der mir wichtig erscheint, ist die Rückbesinnung auf die wertegebundene Soziale Marktwirtschaft. Der Begriff ist heute in vieler Munde, doch kaum einer weiß ihn auch mit Inhalt zu füllen. Wie sehr der Begriff zur leeren Hülse geworden ist, zeigt sich darin, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen davon spricht, dass die Soziale Marktwirtschaft mitverantwortlich für die Krise sei. Das ist natürlich absurd, zeigt aber, wie es um das Grundverständnis bestellt ist.

Die Soziale Marktwirtschaft ist der Ausweg, nicht der Grund für die Krise. Denn diese Ordnung sorgt für eine Balance zwischen den Kräften Markt und Staat. Und sie sorgt für ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Verantwortung.

Die Soziale Marktwirtschaft ruht auf Werten wie Leistung, Eigentum und Wettbewerb. Dieses System hat sich über Jahrzehnte nicht nur als Stabilitätsanker erwiesen, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes nach Kriegsende die entscheidende Schubkraft verliehen. Für dieses System sollten wir mit etwas mehr Kampfgeist eintreten. Ich habe im Zusammenhang mit der Sozialen Marktwirtschaft öfter bereits den Begriff der Leitplanken gebraucht. Es wird in der Krise mit Sicherheit dazu kommen, dass die Leitplanken, die die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft erfassen, immer mal wieder auch geweitet werden, staatliches Handeln also erforderlich ist, wo der Markt versagt.

Dann ist es jedoch unsere Pflicht, die Leitplanken später, nach Beendigung der Krise, wieder zurückzubauen. Der Markt muss seinen ursprünglichen Raum zurückerhalten.

Doch einige, um im Bild zu bleiben, setzen sich auf die Planiermaschine und teeren durch die geweiteten Flächen. Das sind nicht nur die Herren Lafontaine und Gysi, die auf der Planiermaschine sitzen. Es gibt noch andere.

Doch das Kräfteverhältnis zwischen gesundem marktwirtschaftlichen Denken und staatlich notwendigem Eintreten darf nicht verschoben werden. Für dieses Regulativ zwischen einem Laissez-faire-Kapitalismus und Sozialismus steht die Soziale Marktwirtschaft.

Für mich ist die Soziale Marktwirtschaft auch in diesem Jahr das Modell für die Zukunft unseres Landes, auch wenn wir die Regeln in der einen oder anderen Hinsicht auch mal weiten und verengen müssen.

Zu den grundlegenden Werten der Sozialen Marktwirtschaft zählt die Leistung – ein Begriff, der uns manchmal sehr leicht über die Lippen kommt.

Sind wir eigentlich noch bereit und in der Lage, die Leistungsträger in unserem Land anzuerkennen und sie nicht nur als Faktor der Belastung zu sehen? Mein Votum ist klar: Leistung muss sich wieder lohnen. Die Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind es, die uns die Kraft geben, um die Krise gut zu bewältigen. Sie müssen wir stärken – und keinesfalls schwächen.

Konkret bedeutet das, dass wir trotz der Steuerausfälle über Steuerentlastungen sprechen. Ich glaube, dass die schlechteste Form der Reaktion auf die jetzige Lage eine Denkblockade wäre. Wir müssen erkennen, dass wir ein Steu-

ersystem haben, das nun wirklich keiner mehr versteht und das dringend einer Strukturreform bedarf. Zudem müssen wir uns der Problematik der kalten Progression annehmen. An den Gehaltssteigerungen bereichert sich der Staat. Da darf ein kritischer Blick erlaubt sein. Die sogenannte kalte Progression ist zu bereinigen.

Ebenso gilt es, einen genauen Blick auf die Unternehmenssteuerreform zu werfen. Es bricht einem kein Zacken aus der Krone, wenn man sich auch einmal in der Lage zeigt, einen Fehler zuzugeben. Und ich weiß, dass viele Mittelständler heute hier im Raum sind, die von diesen Fehlern bei der genannten Reform betroffen sind. Dabei geht es um die teilweise prozyklische Wirkung dieser Reform.

Die Unternehmenssteuerreform hat Gutes gebracht, doch bei den Stichworten Zinsschranke, Verlustabzug, Hinzurechnung der Gewerbesteuer und anderen Punkten trifft sie viele Mittelständler wie ein Knüppel. So sehen wir, dass man in einem solchen Ausnahmejahr nicht fehlerfrei agieren kann. Es gelten keine Lehrbuchweisheiten.

Zur Wertegebundenheit der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch der Schutz des Eigentums. Diese Frage kam konkret zum Tragen, als ich erst wenige Tage im Amt war. Es ging um den Fall einer Bank, der Hypo Real Estate. Ein Gesetz wurde auf den Weg gebracht, das sogenannte Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz, das Wort muss man auch erst mal erfinden. Dieses Gesetz sieht die Enteignung als letzten Ausweg vor.

Es bestand für mich, da ich erst einige wenige Tage im Amt war, unmittelbare Handlungsnot. Ich habe im Kabinett zugestimmt und halte es trotzdem für falsch, dass wir in diesem Land Gesetze schaffen, die eine Enteignung als Handlungsoption vorsehen.

Das war der Grund, weshalb ich unmittelbar danach im Kabinett darum gebeten habe, ein Alternativmodell zu entwickeln – ein Modell, das ohne das Instrumentarium der Enteignung auskommt.

Ein Entwurf dazu liegt mittlerweile vor, die Umsetzung verzögert sich. Das liegt an der etwas gebremsten Euphorie einer Kabinettskollegin, die mit federführend ist. Aber ich bleibe am Ball. Dahinter steckt die wichtige Frage: Sind wir noch bereit, in diesem Lande den Begriff Eigentum überhaupt wertzuschätzen? Oder lediglich die Beschränkung desselben?

Zur Freiheit gehört auch immer Verantwortung, auch um diesen Zusammenhang geht es, wenn wir uns die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in Erinnerung rufen.

Teil des unternehmerischen Risikos ist es, Verantwortung für Fehlhandeln zu übernehmen. Konkret wurde dies deutlich beim Thema Bad Bank. Ich hätte mir gerne diesen Begriff erspart, weil er in meinen Augen insgesamt ein schiefes Bild auf die Szenerie wirft. Wir mussten handeln, um den Finanzmarkt am Laufen zu halten. Es darf keine Kreditklemme geben. Die vielen innovativen Unternehmen in Deutschland, gerade im Mittelstand, müssen weiter investieren können; dazu brauchen sie Kapital von den Banken. Deshalb ist es entscheidend, dass der Finanzmarkt wieder funktioniert.

Doch zugleich muss klar sein, dass auch hier das Verursacherprinzip gilt. Nicht der Steuerzahler steht in der Verpflichtung, sondern jene, die als Eigentümer in dieser Frage Verantwortung tragen.

Um die Krise abzufedern, haben wir Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht. Zudem haben wir ein sogenanntes Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung in Höhe von 115 Milliarden Euro aufgelegt. Und wir haben einen Ret-

tungsschirm für die Finanzdienstleister gespannt. Gleichwohl fordern einige bereits weitere Programme, im Grunde ein Perpetuum mobile der Konjunkturpakete.

Meine Damen und Herren, wer so spricht, versündigt sich an den kommenden Generationen. Und deswegen sollten wir erst einmal die Pakete wirken lassen. Und zwar so, wie sie sind.

Nachdenken sollten wir jedoch über die Dimensionen, die milliardenschwere Umsetzung unserer Programme.

Sehen wir einmal genau auf die Dimensionen unseres Handelns. Ein Banker hat mir kürzlich gesagt, die Milliarde sei mittlerweile »volksnah« geworden. Das darf man ruhig einmal wirken lassen. Ich ertappe mich manchmal selbst, wie ich bei Veranstaltungen vom 115-Millionen-Programm der Bundesregierung spreche, ohne dabei zu stottern.

Und auch im Publikum merkt kaum jemand etwas, bis sich irgendwann einmal einer meldet und sagt: Das sind doch Milliarden. Ja, es sind Milliarden. Und der Umstand, wie wir mit diesen Milliarden in der öffentlichen und in der politischen Diskussion mittlerweile umgehen, sollte uns manchmal eher Schamesröte ins Gesicht treiben. Ich warne vor jedem leichtfertigen Umgang mit diesem Thema.

Und ich sage das auch deswegen, weil ich nicht nur einmal die Erfahrung gemacht habe, dass selbst in Spitzenkreisen leichtfertige Aussagen getroffen wurden. Hierzu gehört die Aussage, dass es auf die zwei oder drei oder vier Milliarden dann letztlich auch nicht mehr ankomme. Eine solche Aussage hätte man einmal vor ein paar Monaten wagen sollen.

Das bringt mich zu einem Punkt, der ungemein wichtig ist. Wann immer der Staat handelt und Maßnahmen ergreift, muss er dies aufgrund klarer, allgemein verbindlicher und vorher

festgelegter Kriterien tun. Nur so erhält unser Tun die nötige Legitimität. Es geht um eine vernünftige Abwägung in Ausnahmesituationen. Nur wenn wir so handeln, gehen wir verantwortungsvoll mit Steuergeldern um. Unser Handeln muss auch über den Wahltag hinaus Bestand haben. Wie hoch ist sonst die Gefahr, dass Dämme brechen für Folgefälle? Wie hoch ist die Gefahr, dass sich nicht nur eine Bundesregierung, auch eine Landesregierung, dass sich insgesamt politisch Verantwortliche dann erpressbar machen würden? Und deswegen ist es so ungemein wichtig, dass Abwägungen stattfinden.

Wir hatten kürzlich einen Fall zu entscheiden, der eine gewisse Medienrelevanz erreicht hat. Es ging um einen deutschen Automobilhersteller. In diesem Fall kann man bei der Abwägung zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Ich bin zu einem anderen Ergebnis gekommen als andere Entscheidungsträger. Ich respektiere völlig, dass man eine von meinem Vorschlag abweichende Lösung bevorzugt.

Andere haben aber gar keine Abwägung vorgenommen. Sie haben sich bereits Wochen und Monate vor der endgültigen Entscheidung festgelegt und haben damit im Wesentlichen eines erreicht: Sie haben die Verhandlungsposition des Unternehmens, das sie eigentlich retten wollten, sukzessive unterminiert.

Zur Abwägung gehört auch, eine Insolvenz als letzte Konsequenz nicht auszuschließen. Die Insolvenz ist leider für zu viele Menschen in diesem Lande ein Begriff, der mit Pleite gleichgesetzt wird.

Doch unser Insolvenzrecht kann als eines der fortschrittlichsten in Europa gelten. Es eröffnet Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten sind, die Option auf einen Neubeginn. Das Recht hat gegebenenfalls gerade den Erhalt von Arbeitsplätzen zum Ziel, nicht deren flächendeckende Zerstörung. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Jede Lösung muss langfristig tragen. Viele Modelle, die jetzt diskutiert werden, reichen nur bis zum Tag der nächsten Wahl und wiegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeitweise in Sicherheit. Aber zum Schluss können derartige Maßnahmen umso mehr in den Abgrund führen. Es ist besser, von Beginn an eine dauerhafte, nachhaltige Lösung zu suchen.

Wo immer wir helfen, gelten dieselben Maßstäbe, sowohl für die Mittelständler als auch für die sogenannten großen Unternehmen. Jeder Mittelständler muss bei seiner Hausbank ein Konzept vorlegen, wie er sein Unternehmen in die Zukunft führen will. Das Gleiche verlangen wir auch von den sogenannten Großen. Zudem darf es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen.

Ein entscheidendes Kriterium lautet: Nutzt ein Unternehmen die Krise nur, um sich zu sanieren - oder aber ist es nur aufgrund der Krise in einer schwierigen Lage und an sich gesund?

Das Engagement der Interessenten, die Bereitschaft, eigene Risiken einzugehen, ist der notwendige Indikator für die Markttauglichkeit und damit die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens. Bei jedem Eingreifen muss eine klare »Exit-Strategie« vorhanden sein, um nochmals ein neudeutsches Wort aufzunehmen.

Das Engagement des Staates muss begrenzt sein. Der Staat handelt nur, solange der Markt nicht funktioniert. Er bietet den Rahmen für den Markt. Arbeitet der Markt wieder regulär, muss sich der Staat wieder zurückziehen. Das meine ich mit »Exit-Strategie«. Das Risiko darf nicht einseitig auf der Seite des Staates liegen.

Im Fall Arcandor konnte der Deutschlandfonds leider nicht helfen. Das Unternehmen ist in die Insolvenz gegangen. Das ist zunächst einmal natürlich außerordentlich bitter, aber es eröff-

net eben auch wieder Chancen. Und diese Chancen wird mein Haus nach Kräften mit begleiten. Die Sorgen jedes Einzelnen, der in diesem Unternehmen arbeitet, sind zu berechtigt. Die Fragen lauten: Welche Möglichkeiten haben wir gerade durch das flexiblere Insolvenzverfahren, um auch Standorte und Arbeitsplätze sichern zu können?

Und weshalb soll denn die Lösung nicht zunächst einmal privatwirtschaftlich gesucht werden über Investoren und Interessenten, bevor wiederum der Ruf nach dem Staat erschallt?

Den Weg aus der Krise können wir nur mit Mut und Zuversicht schaffen - damit aber werden wir es schaffen.

Wem das Wasser bis zum Hals steht - und zum Glück sind nur wenige in dieser schlimmen Lage -, für den ist es außerordentlich ungesund, auch noch den Kopf hängen zu lassen.

Wir können stolz sein auf das Erreichte, auf unsere Werte, auf unsere Erfolge, die wir von Generation zu Generation erzielt haben. Darauf können wir aufbauen.

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

- 1971 geboren in München
Abitur in Rosenheim
Wehrdienst bei den Gebirgsjägern in Mittenwald
Studium der Rechts- und Politikwissenschaften
Promotion zum Dr. jur.
- Seit 2002 Kreisrat im Kreistag Kulmbach
Mitglied des Deutschen Bundestages
- Seit 2005 Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft
Deutsch-Britische Parlamentariergruppe
(Vorsitz von Mitte 2005 bis März 2009)
- 2005 - 2008 Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im
Auswärtigen Ausschuss
Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für
Abrüstung,
Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle
Leiter des Fachausschusses Außenpolitik der CSU
- Seit 2007 Bezirksvorsitzender der CSU Oberfranken
- 2008 - 2009 Stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen
Ausschusses und Stellvertretendes Mitglied im
Verteidigungsausschuss
Generalsekretär der CSU
- Seit 2009 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Gebiete:

- :: Wissenschaft und Forschung
- :: Gesundheit und humanitäre Hilfe
- :: Völkerverständigung Westeuropa, Amerika, Türkei, Japan, Indien
- :: Völkerverständigung Mitteleuropa, Südosteuropa, GUS, China
- :: Bildung und Gesellschaft
- :: Gesellschaft und Kultur

Zur Stiftung gehören in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Foto: Susanne Kern
August 2009

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart
info@bosch-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

© 2009 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-939574-18-7